

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	222
		TOP:	12
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	12.07.2022		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	Frau Fuhrich, Herr Oehler (beide AWS)		
Protokollführung:	Frau Schmidt / th		
Betreff:	Hauptstandort Württembergische Staatstheater - mündlicher Bericht der LHS zu den Rahmenbedingungen -		

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

Frau Fuhrich (ASW) berichtet im Sinne der Präsentation und erläutert das Großprojekt mit zwei Schwerpunkten. Zum einen geht es um die Sanierung mit Fokus auf dem Großen Haus (Bühnentechnik, Brandschutz etc.) und zum anderen um die Erweiterung vor allem des Kulissengebäudes. Die Erweiterung könne sich im Bereich B14 oder in Richtung der Schillerstraße abspielen, wovon auch Flächen des Königin-Katharina-Stiftes betroffen seien (Folie 2). Eine Fläche für einen Ersatzneubau (Turnhalle) sei bereits reserviert, und es seien Flächen für eine Mensa und weitere schulische Nutzungen erforderlich. In ihren weiteren Ausführungen erläutert die Verwaltungsmitarbeiterin die Zielsetzungen und Rahmenbedingungen der Aufgabenstellung (Folien 3 + 4). Anhand Folie 5 erläutert sie die durch die blauen Linien gekennzeichneten Raumkanten aus dem Wettbewerb zur B14, wobei die Situation am Gebhard-Müller-Platz (rot markiert) städtebaulich besonders wichtig sei und einen "Eingang" in die Kulturmeile bilde. An dieser Stelle liege für das neue Kulissengebäude keine durchlaufende Kante vor, sondern es werde - wie beim Ergebnis von ASP angedacht - eine Gliederung der Baukörper angestrebt. Folie 6 zeigt den Vorschlag des Bearbeitungsgebietes für einen Wettbewerb Staatstheater. Vor rund fünf Jahren seien die städtebaulichen Rahmenbedingungen für eine Weiterentwicklung der Staatstheater schon einmal bearbeitet worden

(Folie 7). Dies sei damals unter der Vorgabe erfolgt, die B14 im Bestand zu erhalten. Sie erläutert die verschiedenen Möglichkeiten; die Anmerkungen von Frau Fuhrich sind im Folgenden stichwortartig wiedergegeben:

- Grundsatzbeschluss 2021: Fläche muss vollflächig bebaut werden, keine Möglichkeit, eine Gebäudegliederung vorzunehmen, um das Raumprogramm der Staatstheater unterzubringen, keine zusätzlichen Nutzungen im EG zur Belegung des öffentlichen Raumes, Rad-/Fußweg schwierig, da Vorfläche in Richtung B14 zu klein ist
- Variante 1: kleiner Spielraum (10 %), um Gliederung des Baukörpers zu ermöglichen, kein zusätzlicher Spielraum im Inneren des Gebäudes für weitere Nutzungen
- Variante 2: Spielraum wird erweitert (20 %), liegt auf der durch das Große Haus vorgegebenen Raumkante, Fläche wird nicht vollflächig bebaut, um Spielräume für den Wettbewerb zu ermöglichen und Mehrwert für den öffentlichen Raum zu generieren
- Planung ASP: entspricht ebenfalls einer Freifläche von 20 %
- Gebäudehöhe: Traufhöhe des Großen Hauses wird als "Regelhöhe" aufgenommen, an Schiller-/Konrad-Adenauer-Straße höhere Bebauung denkbar

Sie führt weiter aus, dass die Varianten 1 und 2 beide eine Umgestaltung der B14 erforderten (Verlegung der Trogwände). Dazu gibt Herr Oehler (ASW, ab Folie 8) weitere Informationen und betont zunächst die Schwierigkeit der Aufgabenstellung. Man wolle einen "Footprint" entwickeln, der sowohl zu den heutigen Funktionen als auch zu der Zielplanung des Wettbewerbs B14 (Preisträger ASP) passen solle. Es müssten verschiedene Zeitschienen übereinandergelegt werden. Der Wettbewerb zur B14 habe als Voraussetzung 50 % weniger Verkehr zugrunde gelegt, was aber perspektivisch nicht zu erreichen sei und ein Problem darstelle. Dennoch könnten heute Varianten gezeigt werden, die die städtebaulichen Ziele und das Wettbewerbsergebnis in Übereinstimmung brächten. In einem Zwischenschritt seien bei Variante 1 Angebotsflächen für den Radverkehr (orange) eingearbeitet worden, die im Entwurf von ASP nicht vorgesehen seien (Folie 8). Auf lange Sicht müsse entlang der B14 ein Radschnellwegstandard erreicht werden, "sonst machen wir einen Fehler"; außerdem müssten die Funktionen von heute untergebracht werden. Dies werde durch eine Anpassung der Rampenwände erreicht, indem für den Verkehr unnötiger Raum verwendet werde. Dies bedeute eine Verkleinerung der Gesamtfläche, die die Rampenwände heute in Anspruch nähmen. Derzeit liege ein überbreiter Querschnitt für beide Fahrtrichtungen der B14 vor; die Rampenwände könnten entsprechend angepasst werden, ohne dass die B14 ihre Funktion verliere. Gleichzeitig ergebe sich auf der Seite des Kulissengebäudes ein Flächenzuwachs, um die zuvor beschriebenen Randbedingungen zu erreichen. Als Einstieg in diese Idee fungiere ein "Deckel" analog dem Deckel am Stadtpalais. Er betont, wenn der Stadtraum in diesem Bereich qualitativ aufgewertet werden solle, müsse bis zum Ende des Jahres eine Entscheidung getroffen werden. Wenn diese Entscheidung negativ ausfalle, werde der Footprint des Kulissengebäudes kleiner ausfallen. Bei Zustimmung werde der Straßenraum so gestaltet, um den ASP-Entwurf (Rampenplanlösung bei 50 % geringerer Verkehrsmenge) umzusetzen. Diese hybride Lösung verbinde die Funktionen von heute mit den Zielen von morgen. Ein weiterer wichtiger Punkt sei die Weiterführung der städtebaulichen Kante entlang des Littmann-Baus (Folie 9, rot markiert), um die Aufwertung des Fassadenwerks zu erreichen. Dies sei nur möglich, wenn in der heutigen Situation nur ein Fahrstreifen entlang der B14 in Richtung Kulturmeile geführt werde. Ob diese Reduzierung funktioniere, wolle er bis Ende des Jahres prüfen. Wenn weitergedacht werde, könne auf dieser Grundlage die B14 in ihrer endgültigen Zielplanung zu Lasten der Rampenplanlösung (Reduktion von 17,5 m auf 14 m) einge-

richtet werden (Folie 11). Diese Planung sei mit dem Büro ASP abgestimmt und werde von diesem unterstützt.

Die städtebaulichen Rahmenbedingungen werden wiederum von Frau Fuhrich erläutert (Folien 12 + 13). Abschließend gibt sie einen Überblick über den weiteren zeitlichen Ablauf (Folie 14).

Wie alle weiteren Rednerinnen und Redner dankt StRin Rühle (90/GRÜNE) für den Bericht und erklärt, der Wettbewerb, der Neubau der Oper und die Notwendigkeiten der Schule müssten sinnvoll in Einklang gebracht werden. Die Frage sei, ob dies mit den bisherigen Planungen gelinge. Positiv äußert sie sich zu der Radwegführung, allerdings möchte sie wissen, wie dieser in Richtung Schillerstraße/Hauptbahnhof weitergeführt werde. Des Weiteren thematisiert sie die Anlieferungssituation. Sie verstehe die Planung dergestalt, dass die Integration der Anlieferung ins Gebäude erfolgen müsse, um die Belange der Schule erfüllen zu können. Mit Blick auf den Plan könne sie sich dies allerdings nur schwer vorstellen. Zur Schule insgesamt möchte die Stadträtin wissen, welche Erweiterungen konkret an welcher Stelle auf dem Gelände geplant seien. Dazu bitte sie um weitere Informationen. Grundsätzlich sei eine verkehrliche Prüfung der Variante 2 nötig, denn gerade der Bereich Schillerstraße/Konrad-Adenauer-Straße müsse gut gestaltet werden. Dies sei mit einer anderen Variante nur schwer vorstellbar. Ein Erhalt aller heute befahrbaren Fahrstreifen passe nicht zur Durchsetzung des Wettbewerbsergebnisses. Bezüglich des städtebaulichen Volumens plädiert sie für eine ausreichende Durchwegung, um eine öffentliche Aufwertung in Richtung B14 zu erhalten.

StR Dr. Vetter (CDU) spricht die spannende Entwicklung und zukünftige Gestaltung der Stadt in diesem Bereich an. Er habe dem Vortrag entnommen, dass die Schaffung von Spielräumen eine große Rolle spiele. Entscheidend sei für ihn jedoch die Frage der Leistungsfähigkeit, die den beiden Varianten zur Verfügung gestellt werde und verweist auf die Zusage der Prüfung von Variante 2. Ihm persönlich gefalle die Variante ohne Knick in der Straßenführung besser. Das Wünschenswerte müsse mit dem Machbaren in Einklang gebracht werden und er freue sich auf die Attraktivierung des Raumes. Die Empfehlung seiner Fraktion wolle er am Aspekt der Leistungsfähigkeit festmachen; er habe gelernt, je mehr Spielräume zugelassen würden, desto attraktiver werde am Ende die Lösung ausfallen.

Für StRin Schanbacher (SPD) zeigt die Präsentation, welche Komplexität es bedeute, wenn ein Wettbewerbsergebnis in die Praxis gegeben werde. Einerseits wolle man das Zielbild der B14 mit 50 % Verkehrsreduktion umsetzen, andererseits müsse den Staatstheatern Raum geschaffen werden, um die nötigen Flächen zu realisieren. Die diesbezüglichen Informationen würden nun in die politische Diskussion eingebracht, um in der großen Linie, aber auch im Detail besprochen zu werden. Sie wolle die vertiefte Untersuchung abwarten.

Angesichts des Klimawandels habe er bei solchen Vorhaben große Bedenken, so StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei). Er erinnert an den planfestgestellten Deckel am Gebhard-Müller-Platz, der nur geringe Verbesserungen bringe und einen "großen Wurf" verhindert habe. Die Kubatur des geplanten Baus mache einen schwierigen Sprung in Richtung des Königin-Katharina-Stiftes, um alle Bedarfe unterzubringen. Wer Veränderung wolle, müsse die Straße zurückbauen, Leistungsfähigkeit verringern und Alternativen schaffen. Erst dann werde sich Verhalten ändern und die Menschen zum Umstieg bewogen. Aus diesem Grund bevorzuge er die

Variante mit der meisten "Luft" für städtebauliche Entwicklung und Freiraum; es müsse mutig auf den Platz aufgerückt werden. Wichtig sei auch eine Verbindung zum Schlossgartenquartier. Wenn im Erdgeschoss eine öffentliche Nutzung angestrebt werde, sei ein Höhenspiel hilfreich.

Mit dem Vorschlag zum weiteren Verfahren ist StR Serwani (FDP) einverstanden. Gegenüber StR Rockenbach verweist er auf den Beschluss zu 50 % weniger Verkehrsfläche, aber nicht 50 % weniger Verkehr, denn dies sei Utopie. Es bedürfe zunächst einer verkehrlichen Überprüfung der Variante 2.

Freude über die Schaffung von mehr öffentlichem Raum "trotz des Tunnels" signalisiert StRin Königter (PULS). Diese Planung habe erst der Wettbewerb ermöglicht.

Die Vorschläge der Verwaltung kann StR Schrade (FW) nachvollziehen. Für den Realisierungswettbewerb würden die richtigen Vorgaben gemacht.

Auf den Zielkonflikt zwischen B14 und Kulissenbauwerk weist StR Dr. Mayer (AfD) hin. Es dürfe nicht damit gerechnet werden, dass der Verkehrsfluss und damit der Bedarf an Verkehrsfläche "schon bald" zurückgehe. Wenn jetzt für das Staatstheater gebaut werde, müsse dies unter Berücksichtigung der heutigen Verhältnisse geschehen und sich eine Option für eine zukünftige Entwicklung offengehalten werden.

Im Bericht fehle der Antrag Nr. 135/2022, moniert StR Peterhoff (90/GRÜNE). Im Haushalt sei gemeinsam festgelegt worden, im Bereich der B14 schneller voranzukommen und erste Teile mit Provisorien "anzupacken". Speziell im Bereich zwischen Neckartor und Charlottenplatz müsse die Radwegeverbindung verbessert werden. Seine Frage laute, ob im Bereich vor der Oper ein provisorischer Radweg eingerichtet werden könne. Diese Entlastung sei seiner Fraktion sehr wichtig und er bitte um entsprechende Prüfung seitens der Verwaltung. Verkehrlich sei diese Maßnahme kein Problem.

An StRin Rühle gerichtet erklärt Herr Oehler, die Fortführung in Richtung Schillerstraße sei dem Plan zu entnehmen. Perspektivisch solle die Schillerstraße verkehrsberuhigt werden. Aktuell müssten sich Radfahrer je nach Ziel rechts- oder linksseitig orientieren. Für den Antrag Nr. 135/2022 sei eine Beantwortung in zwei Wochen vorgesehen.

Zur Frage der Anlieferung bzw. Schulerweiterung führt Frau Fuhrich anhand Folie 2 aus, das Kulissengebäude erweitere sich Richtung B14 **und** Schillerstraße. Für die Schule werde ein Ersatzneubau geplant mit den Nutzungen Turnhalle, Mensa etc. Die Anlieferung solle möglichst in das neue Gebäude integriert und auf den derzeit noch vorhandenen Lieferhof verzichtet werden, um an der B14 einen attraktiven Aufenthaltsbereich zu schaffen. Die Durchwegung müsse im Vorfeld mit den Staatstheatern geklärt werden; Wunsch der Verwaltung sei es, diese in Richtung Schlossgarten zu ermöglichen.

BVin Kienzle (Mitte) freut sich auf die weitere Entwicklung und bittet um Prüfung des Untergrunds, um Bäume Pflanzen zu können. Mit der Darstellung der Baumstandorte müsse ehrlich umgegangen werden.

Das weitere Verfahren wird von StRin Schanbacher aufgegriffen, die erklärt, die zu entscheidenden Varianten seien in Summe noch gar nicht geprüft. Aus diesem Grunde

wolle sie wissen, was nun entschieden werden könne. Dieser Auffassung kann sich StRin Köngeter anschließen.

Die Entscheidung beziehe sich auf den Umbau des Straßenraumes und dessen Finanzierung, erläutert Herr Oehler. BM Pätzold ergänzt, es müsse aktuell entschieden werden, ob die beiden Varianten weiter verfolgt werden sollen oder nicht. Ende des Jahres erfolge dann die endgültige Entscheidung, mit welcher Variante letztendlich geplant werde, denn dann liege die Untersuchung des Tiefbauamtes und die Verkehrsuntersuchung vor.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen mehr ergeben, stellt der Vorsitzende fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik hat von dem Bericht Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Schmidt / th

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)
Baurechtsamt (2)
weg. STA

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat AKR
Kulturamt (2)
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
 4. Referat JB
Schulverwaltungsamt (2)
 5. BVin Mitte
 6. Amt für Revision
 7. L/OB-K
 8. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *FDP-Fraktion*
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand